

19. Mai 2007, 00:00 Uhr

GROßE ANFRAGE DER GAL - OPPOSITION WIRFT SENAT "UNTÄTIGKEIT" VOR

Rechtsextreme Straftaten nehmen zu

Die Zahl rechtsextremer Straftaten in Hamburg ist innerhalb eines Jahres um ein Drittel gestiegen. Das geht aus der Antwort des Senats auf eine Große Anfrage der GAL-Fraktion hervor. Habe die Zahl 2005 noch bei 299 gelegen, seien im vergangenen Jahr bereits 400 rechtsextreme Straftaten verzeichnet worden. Gleichzeitig sei die Aufklärungsquote von fast 40 Prozent auf 32 Prozent zurückgegangen. "In der Stadt wird beim Thema Rechtsextremismus weggeschaut" sagte der GAL-Sprecher für Justiz und für Verfassungsschutz, Till Steffen, am Freitag. Dem Senat warf Steffen vor, "die Situation zu verharmlosen".

Zudem habe der Senat nicht erklärt, wie er auf den Anstieg reagieren wolle. "Präventive Maßnahmen wurden nicht dargestellt", sagte der Politiker. Überproportional gestiegen sind dem Bericht zufolge vor allem Propagandadelikte. Dabei handele es sich mehrheitlich um Schmierereien oder Veröffentlichungen in Publikationen oder im Internet.

Besorgniserregend sei die wachsende Zahl der jugendlichen Straftäter aus dem rechten Spektrum, sagte Steffen. Den Angaben zufolge stieg die Zahl der Tatverdächtigen bei den 14- bis 17-Jährigen innerhalb eines Jahres um die Hälfte. "Der Senat analysiert nicht und reagiert nicht. Er lässt es einfach laufen", sagte die innenpolitische Sprecherin der GAL-Bürgerschaftsfraktion, Antje Möller. Nach Ansicht der GAL fehlen Konzepte, um in Schulen oder Jugendeinrichtungen gefährdete Jugendliche zu erreichen. "Eine positive Ausnahme bildet der Bereich Sport", so Möller. So würde beim Fußball präventive Arbeit und finanzielle Unterstützung geleistet.

Auf Fragen nach der räumlichen Verteilung der rechtsextremen Straftaten in Hamburg kann der Senat ebenfalls keine Angaben machen, kritisiert die GAL. Er erklärt lediglich, es gäbe keine signifikanten Auffälligkeiten. Bei rechtsextremen Konzerten tauchen jedoch seit 2001 die Stadtteile Bramfeld, Rothenburgsort, Hamm, Wilhelmsburg und Bergedorf immer wieder auf.

Eine Kleine Anfrage der SPD-Fraktion im April hatte bereits zu ähnlichen Ergebnissen geführt. Die Zahlen seien ein "trauriger Beweis für eine aktiver werdende rechte Szene in unserer Stadt", sagte SPD-Innenexperte Andreas Dressel damals. Er hatte die Innenbehörde aufgefordert, die gesellschaftlichen Akteure rechtlich fit zu machen, um die Möglichkeiten gegen Rechtsextremismus auch auszuschöpfen. *DW/dpa*

Quelle: http://www.welt.de/welt_print/article881565/Rechtsextreme_Straftaten_nehmen_zu.html